

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Günter Döding lehnt die Ausweitung der Regelarbeit auf die Nacht und die Wochenenden ab: Der Maschinentakt darf nicht zum Lebensrhythmus werden.

Seite 1

Dr. Gerhard Schmid MdEP weist die Hillermeier-Pläne zur Polizei-Bewaffnung zurück: Mit Wuchtgeschossen in den Plutoniumstaat.

Seite 3

Volker Neumann MdB beglückwünscht Amnesty International zum 25jährigen Bestehen: Hilfe für Bedrängte und Verfolgte.

Seite 4

Christa Randzio-Plath schildert ein Frauenprojekt des Marie-Schlei-Vereins in einem bolivianischen Elendsviertel: „Wir tragen eine schwere Last.“

Seite 5

41. Jahrgang / 98

27. Mai 1986

Der Maschinentakt darf nicht zum Lebensrhythmus werden

Nacht- und Wochenendarbeit als Regelarbeit sind abzulehnen

Von Günter Döding

Erster Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten

Ein Gespenst geht um - das Gespenst des sozialen Rückschrittes.

Im Namen von Maschinen und Kapitaloptimierung und dem Vorwand, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sei gefährdet, sollen Nachtarbeit, Samstag- und Sonntagarbeit zur Regelarbeit gemacht werden. Das ganze läuft ab unter der harmlosen Bezeichnung Abkoppelung der betrieblichen Produktionszeiten von den tariflichen Arbeitszeiten. Die hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen werden zu Götzen des allein selig machenden Gewinnstrebens gemacht und die Menschen zu ihren Dienern, die je nach Bedarf eingesetzt oder abgesetzt werden.

Der Maschinentakt darf nicht zum Lebensrhythmus der Arbeitnehmer und ihrer Familien werden.

Natürlich ist es rentabler, die Maschinen rund um die Uhr laufen zu lassen. Aber es wird nicht nur rentabler, sondern auch mehr produziert und zwar zu Lasten der Arbeitnehmer. Von der totalen Flexibilisierung und Individualisierung der Arbeitszeit profitieren letztlich nur die großen und marktbeherrschenden Unternehmen. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen werden in einem mörderischen Wettbewerb zugrunde und tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. Die Arbeit auf Abruf dagegen wird rapide steigen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kernkraft für
alle Völker
Kernkraft für
alle Völker



Den Schaden werden nicht nur die Verbraucher haben durch Einschränkung der Waren- und Gütervielfalt, sondern in jedem Falle die Arbeitnehmer, die obendrein entweder ihren Arbeitsplatz oder ihren bisherigen Lebensrhythmus verlieren.

Was nützen den Arbeitnehmern überdies höhere Produktionsraten, wenn sie mit noch mehr Hektik, Streß und immer weniger Gesundheit und Familienleben von ihnen bezahlt werden müssen.

Andererseits brennt uns die nun schon seit zehn Jahren anhaltende Beschäftigungskrise mit Millionen von Arbeitslosen auf den Nägeln. Nirgends zeichnet sich ein Königsweg zur Lösung dieses Problems ab, aber viele Trampelpfade, die alle beschritten werden müssen. Zwei erfolgversprechende Wege sind - wie sie jüngst auch auf dem SPD-Wirtschaftskongreß wieder herausgestellt wurden - qualitatives Wirtschaftswachstum und Arbeitszeitverkürzungen.

Am höchsten ist die Wirkung, wenn beides gemeinsam geschieht; hier sind die Politiker und Tarifvertragsparteien gleichermaßen gefordert. Weitere Arbeitszeitverkürzungen, zumal wenn sie ihren Zweck, zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, erfüllen sollen, werden - darüber müssen wir uns wohl im klaren sein - nicht ohne eine Neugestaltung der Arbeitszeit durchzusetzen sein.

Denkbar sind langfristige Arbeitszeitregelungen im Verbund mit entsprechenden Personalregelungen. Voraussetzung dabei ist jedoch, daß dies in einem durch Tarifvertrag abgesteckten Rahmen geschieht, der den Interessen und sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmer und ihrer Familien Rechnung trägt, die Zahl der Dauerarbeitsplätze festgeschrieben wird und Überstunden zu Gunsten von Neueinstellungen abgebaut werden und das ganze innerhalb einer Betriebswoche, die von Montag bis Freitag dauert.

(-/27.5.1986/rs/ks)

Mit Wuchtgeschossen in den Plutoniumstaat

Die Hillermeier-Pläne zur Polizei-Bewaffnung müssen gestoppt werden

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP
Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederbayern-Oberpfalz

Um gewalttätige Demonstranten (und wie man nach den vergangenen Einsätzen von Wackersdorf wohl befürchten muß: auch andere) zur Strecke zu bringen, will der bayerische Innenminister Karl Hillermeier die Polizei für künftige Einsätze mit Wuchtgeschossen ausrüsten. Der Bauplatz der Wiederaufarbeitungsanlage von Wackersdorf wird zum Übungsplatz für den Plutoniumstaat.

Ich frage: Sind Menschenleben in Bayern weniger wert als in Nordirland? Die Frage ist berechtigt. Denn 1982 hat das Europäische Parlament mit den Stimmen der CDU/CSU-Abgeordneten die EG-Mitgliedstaaten aufgefordert, den Einsatz von Plastikgeschossen und anderen tödlichen Waffen gegen Zivilisten in der Gemeinschaft zu verbieten. Und jetzt soll in Bayern gelten: immer feste drauf?!

Auslöser des Beschlusses des Europäischen Parlaments war 1982 das Wissen um die schrecklichen Folgen, die der Einsatz derartiger Geschosse im Bürgerkrieg von Nordirland nach sich gezogen hatte. Gummi- und Plastikgeschosse haben damals den Tod von insgesamt zwölf Menschen - darunter sieben Kinder unter zwölf Jahren - verursacht. Hunderte hatten schwere Verletzungen erlitten: Kopfverletzungen mit Hirnschäden, Verlust eines Auges oder gar völlige Erblindung.

Hinzu kommt: Eine große Zahl dieser Verletzungen entstand nicht in Krawallsituationen. Es wurden völlig Unbeteiligte getroffen. Der Vergleich mit den CS- und CN-Gaseinsätzen von Wackersdorf unter der Verantwortung des CS-Innenministers Hillermeier drängt sich auf.

Es stellt sich auch die Frage nach der Lernfähigkeit von Politikern.

Nachdem es die ersten Toten gegeben hatte, gaben seinerzeit der britische und der belgische Innenminister die tödliche Wirkung der Geschosse zu. Das Stadtparlament von Zürich verbot den erneuten Einsatz der Wuchtgeschosse, nachdem dort zwei Jugendliche durch sie das Augenlicht verloren hatten. Aber den Herrn Hillermeier treibt es in die innerstaatliche Aufrüstung. Wie ein Süchtiger greift er nach immer neuen, immer stärkeren Waffen. Die grausamen Erfahrungen interessieren ihn nicht.

Ich appelliere an meine CSU-Kollegen im Europäischen Parlament: Stehen sie zu ihrem Beschluß von 1982! Hindern sie Hillermeier am Einsatz dieser gemeingefährlichen Waffen. Wer diese Waffen einsetzt nimmt bewußt den Tod oder schwere gesundheitliche Schäden von Bürgern in Kauf.

(-/27.5.1986/rs/ks)

* * *



25 Jahre Hilfe für Verfolgte

Ein Glückwunsch an Amnesty International

Von Volker Neumann MdB
Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe Menschenrechte

Keine internationale Menschenrechtsorganisation genießt soviel Ansehen wie Amnesty International. In den 25 Jahren haben sich die 500.000 Mitglieder, die sich in über 3.000 Menschenrechtsgruppen in 55 Staaten der Welt organisiert haben, durch eine beharrliche und unparteiische Arbeit für die Weiterentwicklung und Durchsetzung der Menschenrechte eingesetzt. Mit großem persönlichen Einsatz haben sich die Mitglieder der Gefangenen angenommen, Nachforschungen über sie angestellt, sich in Brief- und Bittaktionen für sie eingesetzt und in über 30.000 Fällen ist es ihnen gelungen, Gefangene aus den Gefängnissen herauszuholen.

Politiker, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen, konnten Amnesty International immer ernst nehmen und sich auf die sachlichen und sorgfältig geprüften Menschenrechtsberichte verlassen. Die über 120 Staaten, bei denen Amnesty Anlaß zur Kritik über die Situation der Menschenrechte sieht, kommen nicht umhin, dieser Kritik Beachtung zu schenken.

Auch der Kampf der über 12.000 Mitglieder in den 620 deutschen Gruppen gegen Folter, Vertreibung und Entrechtung sowie gegen die Todesstrafe findet unsere tiefe Anerkennung. Man kann nur hoffen, daß diese überzeugende Arbeit von Amnesty International auch bei deutschen Politikern zu Nachdenklichkeit anregt. Amnesty International bietet ein Beispiel dafür, daß die Sache der Menschenrechte eines ständigen aufrichtigen Engagements bedarf und nicht als Feld für politische Profilierungssucht mißbraucht werden darf. Amnesty International hat zu Recht Kritik an den Politikern geübt, die den Kampf für die Menschenrechte nutzen, um andere politische Ziele zu erreichen und nicht den Menschen zu helfen, die in Bedrängnis geraten sind.

Amnesty International ist zu wünschen, daß noch mehr Menschen in der Bundesrepublik sich ihrer Organisation oder anderen Menschenrechtsorganisationen anschließen. Die politisch Verfolgten in aller Welt brauchen unsere Hilfe.

Die Bundesregierung sollte endlich die auch von Amnesty International erhobene Forderung nach der Zeichnung der UN-Konvention gegen Folter einlösen. Auch die Ratifizierung der Europaratskonvention gegen Todesstrafe und die Ausarbeitung einer eigenen europäischen Antifolterkonvention sollte sobald wie möglich erfolgen.

Die Sozialdemokraten arbeiten mit Amnesty International seit vielen Jahren zusammen. In ständigem Dialog wurden Erfahrungen ausgetauscht und Initiativen aufgegriffen. Wir wünschen uns und Amnesty diese gute Zusammenarbeit auch für die Zukunft.

(-/27.5.1986/rs/ks)

* * *



„Wir tragen eine schwere Last“

Ein Frauenprojekt des Marie-Schlei-Vereins in einem bolivianischen Elendsviertel

Von Christa Randzio-Plath
Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins

DM 13.000 erhielt jetzt das Nähzentrum von Pura Pura in La Paz, Bolivien, vom Marie-Schlei-Verein. Frauen in Bolivien haben ein Projekt aufgebaut, in dem Schuluniformen hergestellt und ein Kindergarten für die Kinderbetreuung sorgt.

In 5.500 Meter Höhe fällt alles schwer, vor allem das Tragen von Lasten und schwere körperliche Arbeit. Landfrauen zogen in das Elendsviertel Pura Puras in La Paz in Bolivien in der Hoffnung auf Arbeit, auf Nahrung. Sie erwartet ein 15-Stundentag ohne Garantie auf Nahrung und Gelderwerb. Aber die Frauen verzweifeln nicht - ihre Männer sind Straßenhändler, manchmal finden sie Arbeit am Bau, meistens sind sie arbeitslos. So sind es die Frauen, die die Familien versorgen. Die meisten Frauen haben fünf Kinder.

Das Frauenzentrum Gregoria Apaza und der Marie-Schlei-Verein unterstützen 30 Frauen mit bisher 15.000 Mark. Von dem Geld wurde eine Nähwerkstatt und ein Kindergarten in Pura Pura aufgebaut. Die Frauen arbeiten dreimal in der Woche nachmittags in der Nähwerkstatt und lernen Zuschneiden und Nähen. Eines Tages sollen fertige Schuluniformen und Schürzen und Kleider verkauft werden. Dazu müssen die Frauen noch Verkauf, Buchführung und Einkaufen lernen.

Am Anfang war es schwer. Nachdem die Nähmaschinen gekauft waren, dauerte es drei Monate, bevor die Frauen überhaupt mit dem regelmäßigen Bedienungsrhythmus der Nähmaschinen zurecht kamen, das Zuschneiden, Proportionieren, Entfernung und Maße begriffen. Fast alle Frauen sind Analphabetinnen und kommen aus dem ländlichen Raum. Sie besuchen Alphabetisierungskurse. Außerdem konnten die Frauen nicht mit der Arbeit beginnen, bevor die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet war.

Ganz stolz berichtet Patrizia de Rivas, die auf Einladung des Marie-Schlei-Vereins in Hamburg sprach, daß die Männer endlich die Arbeit der Frauen respektierten, weil sie eine gute und gesunde Versorgung der Kinder durch den Kindergarten sichergestellt habe.



Ein Projekt für Frauen hat seine Schwierigkeiten: Die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage - Bolivien zählt zu den ärmsten Entwicklungsländern, die Inflationsraten können bis zu 14.000 Prozent betragen - trifft die Frauen besonders. Immer mehr Frauen sind mit Kindern allein. Die wenigsten Frauen kennen ihre Rechte. Die Tradition und der Machismo hemmen die Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und Entwicklung. So nimmt das Projekt Rücksicht auf die Lebensumstände der Frauen.

Da der Slum eineinhalb Stunden Fußmarsch von der nächsten Straße entfernt ist und Wassertransport und Einkäufe/Handel schwer zu bewerkstelligen sind, können die Frauen nur nachmittags arbeiten, wenn der Haushalt versorgt ist. Haushalt heißt auch, ohne Kanalisation, ohne Elektrizität, ohne Zugang zu öffentlicher Versorgung zu leben. Zudem schwächt die Höhenluft die Einsatzmöglichkeit der Frauen.

Noch lernen die Frauen mit einer Näherin. Bald sollen Buchführungskurse hinzukommen. Außerdem findet zusätzlich zu der Arbeit am Nachmittag noch einmal in der Woche ein Kurs statt, in dem die Frauen über ihre Rechte belehrt werden. Sie erhalten eine allgemeine politische und frauenpolitische Bildung. Später sollen die Frauen sich dann auch mit der Situation in ihrem Slum und den sozialen Bedingungen, Ernährungskunde und Hygiene befassen. Im Kindergarten werden diese Fertigkeiten auch schon beigebracht. Hinzu kommt, daß die Frauen auch in Organisationsarbeit geschult werden.

Die ersten Schuluniformen sind verkauft, wenn auch schwer. Da die Lehrer drei Monate gestreikt haben, haben die Eltern keine Schuluniformen für die Kinder gekauft. 1987 sollen die Frauen möglichst jeden Nachmittag eine Woche arbeiten und ein bißchen mehr als 60 Mark im Monat verdienen (soviel verdient in Bolivien ein Fabrikarbeiter), damit die Arbeit in der Gemeinschaft attraktiv bleibt. Und das Prestige von Frauenarbeit hoch ist. Geplant ist für 1988 die Gründung einer Frauengenossenschaft in Pura Pura, die sich in Händen der Slumfrauen befindet und von da an auch sich selbständig im Einkauf von Materialien in der Anschaffung von zusätzlichen Maschinen dann selber trägt.

Die Frauen in Pura Pura sind sicher: „Wir tragen eine schwere Last, aber wir werden das Überleben organisieren!“

(-/27.5.1986/rs/ks)

* * *

